

Online-Angebote von Staat, Parlament und Medien

Autor(en): **Wenzler, Michel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Medienwissenschaft Schweiz = Science des mass média Suisse**

Band (Jahr): - **(2004)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-790646>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Online-Angebote von Staat, Parlament und Medien Zum Stellenwert abstimmungsbezogener Diskussionsforen

Online-Angebote von Regierung und Verwaltung zielen unter anderem darauf ab, Bürger und Bürgerinnen in die Kommunikation über gesellschaftliche Fragestellungen einzubeziehen. Im Falle von Diskussionsforen zeigt sich allerdings, dass diesen Angeboten nur wenig Aufmerksamkeit vergönnt ist: Die Nutzung hält sich in Grenzen und das Interesse an der Diskussion im Internet ist gering.

1 Staat und Online-Kommunikation

Kommunikative Aktivitäten des Staates erfolgen aus verschiedenen Motiven. Mit gezielter Kommunikation soll die Bevölkerung auf Entscheide hingeführt, eine bestimmte Politik vorbereitet, ein Regierungsentscheid vermittelt, ein politischer Prozess gesteuert, Deliberation und Partizipation in der Demokratie gestärkt, die Stellung des Staats legitimiert oder ein Integrationsbeitrag geleistet werden, indem Bürger und Bürgerinnen stärker in die Politik einbezogen werden (vgl. Czerwick 1998: 489; Gebauer 1998: 464ff.; Jarren/Donges 2002: 164). Dazu bedienen sich Regierung und Verwaltung verschiedenster Formen medialer und nichtmedialer Kommunikation. Eines von zahlreichen Mitteln ist die Online-Kommunikation, eine besondere Ausprägung davon sind Diskussionsforen zu politischen Themen. Online-Foren staatlicher Stellen sind insofern eine spezielle Form von Kommunikation, als dass der Staat eine Plattform bereit stellt, die Diskussion aber weitgehend den Bürgern und Bürgerinnen überlässt. Als Träger respektive Anbieter einer Diskussionsplattform induziert der Staat lediglich die Kommunikation.

Welche Bedeutung Diskussionsmöglichkeiten wie Online-Foren für die Staatskommunikation entfalten können, wird in diesem Beitrag behandelt. Um Aussagen über den Stellenwert von Online-Foren staatlicher Stellen machen zu können, empfiehlt es sich, diese mit Angeboten anderer Träger zu vergleichen. Dies wird in einer Auseinandersetzung mit den Internetauftritten von Staat, Parlament und Medien getan. Die These ist dabei, dass sich die Diskussionen je nach Trägerschaft respektive Anbieter des Forums unterschiedlich gestalten und verschiedene Bedeutungen erfahren. Es stellt sich also nicht nur die Frage, wie sich Diskussionen im Internet allgemein gestalten, sondern insbesondere, welche Eigenschaften sie hinsichtlich unterschiedlicher Trägerebenen aufweisen. Herbeigezogen werden die Ergebnisse einer früheren Untersuchung¹, in der die Online-Foren des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA, www.eda.admin.ch), des Schweizerischen Parlaments (www.parlament.ch) sowie der «Basler Zeitung» (BaZ, www.baz.ch) analysiert wurden. Diese drei Anbieter richteten im Vorfeld zur Abstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz (3. März 2002) ein Diskussionsforum ein, in denen die Schweizer

Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung über den allfälligen Beitritt frei äussern konnten. Aus 230 Beiträgen, die zwischen dem 8. Januar und dem 2. März 2002 verfasst wurden, wurden mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse verschiedene Aspekte der Diskussionskultur herausgearbeitet. Als Vergleichsgrösse wurden aus dem «Tages-Anzeiger» 100 Leserbriefe sowie für das Jahr 2001 die gesamte Berichterstattung zur Abstimmung ausgewertet (42 Artikel). Aufgrund dieser Datenlage können Angaben über die Zielsetzungen der Foren, über die allgemeinen Merkmale der Online-Debatten sowie über die wichtigsten Unterschiede zwischen den Foren bezüglich Nutzung und Diskussionskultur gemacht werden.

2 Diskussionsforen von Staat, Parlament und Medien

2.1 Zweck der Online-Foren

Diskussionsforen können aus verschiedenen Beweggründen eingerichtet werden. Die Verantwortlichen der Online-Ausgabe der BaZ gaben als Ziel des Forums «die Diskussion des kontroversen Themas UNO-Beitritt, den Meinungsaustausch, die Meinungsbildung und den Community-Gedanken» an. Unbestimmt blieb das Schweizer Parlament mit dem Vermerk, nach dem UNO-Forum – dem ersten Diskussionsforum auf der Website – künftig zu allen wichtigen Abstimmungsvorlagen ein Forum aufschalten zu wollen. Im Vordergrund dürfte auch hier die Idee des Meinungsaustausches und der Meinungsbildung gestanden haben. An anderen Zielsetzungen hielt das EDA fest: «Es war das Ziel des Bundesrates, im Rahmen des Beitrittsprozesses zur UNO einen Dialog mit der Bevölkerung zu führen. Dieser fand u.a. auf der Internetseite statt.»²

Diese Aussage verweist auf die Ansprüche der Staatskommunikation, die zu Beginn genannt worden sind: Hinführung der Bevölkerung zu Entscheiden, Deliberation, Partizipation, Legitimation von Regierung und Verwaltung und Transparenz. Besonders hervorzuheben gilt das Bemühen um eine Entscheidungsvorbereitung nach aussen, d.h. in Richtung Stimmbolk. Die «Integrationsabsicht» lässt sich an der Laufzeit des Forums erkennen: Es wurde 20 Monate vor dem – damals noch unbekanntem – Abstimmungstermin eröffnet und war lange Zeit das einzige seiner Art. Es war also das Ziel des EDA, die öffentliche Debatte schon frühzeitig zu fördern – anders als bei den übrigen Foren,

die wenige Wochen vor der Abstimmung und somit eher «reaktiv» auf das Plebiszit hin eingerichtet wurden.

2.2 Allgemeine Merkmale der Online-Debatten

Vor diesem Hintergrund fragt sich, inwieweit das Online-Angebot zur Realisierung der Zielsetzungen der Staatskommunikation beiträgt und ob sich der vom EDA erhoffte «Dialog» anders gestaltete als in den nicht-staatlichen Foren. Bevor über allfällige Unterschiede diskutiert werden kann, müssen vorerst aber die Gemeinsamkeiten der drei untersuchten Foren skizziert werden. In allen drei Foren zeigte sich deren grosse Bedeutung als Ventil und Artikulationsmöglichkeit. Vor allem für die in den Medien stiefmütterlich behandelten Gegner des UNO-Beitritts bot sich die Chance, ihre Meinung kundzutun. So wogen sich die Argumente für oder gegen den Beitritt in den Foren auf, während in der Berichterstattung des «Tages-Anzeigers» rund 81% aller geäusserten Argumente dem Pro-Lager zuzuschreiben waren. Ähnlich wie Leserbriefe setzten Online-Foren damit ein Korrektiv zur medialen Berichterstattung. Zum Ventil wurden sie für systementtäuschte Bürger, die Kritik an Regierung, Parlament und Politiker übten.

Das Interesse am gegenseitigen Austausch und an der Diskussion fehlte unter den Teilnehmern dafür meist. Die Debatte verlief mehr monologisch als diskursiv. Wie bei Leserbriefen bestand das Hauptziel der Diskutierenden in der Verbreitung der eigenen Meinung. Die Beiträge waren zudem wenig argumentgestützt und in überwiegend affektiver Sprache verfasst. Der gegenseitige Respekt unter den Teilnehmern wurde aber weit gehend gewahrt. Diese Generalbefunde werden durch die bis zu diesem Zeitpunkt wenigen empirischen Studien zu diesem Thema gestützt (vgl. Plake et al. 2001: 103ff. sowie Wilhelm 1999: 154ff.).

2.3 Nutzung der Online-Foren

Nebst den gemeinsamen Merkmalen bestanden markante Unterschiede zwischen den Foren. Am stärksten trat dies bei der Reichweite hervor. Sehr gut genutzt wurde das Forum der BaZ. 189 Teilnehmer verfassten innerhalb 3 Monaten 859 Beiträge. Das Diskussionsforum dürfte vom hohen Bekanntheitsgrad des Online-Angebots profitiert haben. Das Forum des Parlaments vermochte innerhalb 2 Monaten 76 Beiträge von 69 Teilnehmern zu generieren, das Forum des EDA schaffte es in stolzen 20 Monaten nur auf 114 Beiträge und 87 Teilnehmer (vgl. Tabelle 1).

Rechnet man die Werte um auf die durchschnittliche Zahl generierter Beiträge pro Tag, konnte das Forum der BaZ

	EDA	Parlament	BaZ
Teilnehmer	87	69	189
Beiträge	114	76	859
Laufzeit des Forums	20 Monate	2 Monate	3 Monate
Beiträge pro Tag	0.2	1.3	9.5

Tabelle 1: Nutzung der Online-Foren

fast 10 Beiträge pro Tag erzielen und das Parlament etwas mehr als einen, während das EDA lediglich alle 5 Tage einen neuen Beitrag verzeichnen konnte. Bemerkenswert ist, dass das EDA-Forum mit seiner deutlich höheren Laufzeit nur geringfügig mehr Beiträge zu erzielen vermochte als das kurzfristig eingerichtete Forum des Parlaments. Vor allem vor der Eröffnung des Abstimmungskampfs war das Interesse am Diskussionsforum des EDA gering: In den beiden letzten Monaten (9 Kalenderwochen) vor der Abstimmung, d.h. unmittelbar nach der Lancierung des Abstimmungskampfs, wurden gleich viele Beiträge generiert wie in den 17 Monaten zuvor. Offenbar steigt das Orientierungs- und Diskussionsbedürfnis und damit auch das Interesse an staatlichen Online-Angeboten erst in den letzten Wochen vor einer Abstimmung.

Insgesamt belegen diese Zahlen die relativ geringe Reichweite von Internet-Angeboten des Staats. Nicht zu unrecht werden deshalb elektronische Öffentlichkeiten meist auf der Ebene der Themenöffentlichkeit und nicht auf der Ebene der Medienöffentlichkeit angesiedelt (vgl. Donges 2000: 261). Eine mediale Öffentlichkeit dürften in erster Linie die Diskussionsforen etablierter Medienprodukte erzeugen: Nicht nur das Online-Angebot der BaZ profitierte vom hohen Bekanntheitsgrad der Zeitungsausgabe, sondern auch die Diskussionsforen anderer Medien wurden häufig genutzt. Die Penderzeitung «20 Minuten», die «Aargauer Zeitung», «Radio DRS» und vor allem das Internetportal «Bluewin» verzeichneten zahlreiche Beiträge in ihren Foren.

Allerdings haben auch Foren von Medienangeboten keinen garantierten Zulauf. Selbst etablierte Titel wie die «Berliner Zeitung», der «Bund», die «Thurgauer Zeitung» oder «Facts» bekundeten Mühe, für ihre Online-Foren die nötige Aufmerksamkeit zu erzeugen (Wenzler 2003: 115). Die schlechte Nutzung dieser Foren verdeutlichtet erst recht den schweren Stand der in der Regel weniger bekannten Angebote von Staat, Parlament oder politiknahen Gruppierungen. Die Foren des EDA und des Parlaments vermochten zumindest eine Themenöffentlichkeit zu generieren, während Foren von Parteien und Interessengruppen praktisch ungenutzt blieben.

Staatliche Online-Angebote haben demnach weiterhin mit Aufmerksamkeits- und unter Umständen auch mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen. Für das Jahr 1998 belegen empirische Ergebnisse, dass abstimmungsbezogene Angebote im Internet häufig nicht bekannt sind (Longchamp 1999: 10). Obwohl sich das Internet inzwischen einer grösseren Verbreitung erfreut und vielerorts zu einem «Alltagsmedium» geworden ist, scheint sich das Interesse für abstimmungsbezogene Informationen auf den Websites staatlicher Stellen noch immer in Grenzen zu halten. Das zeigt die beabsichtigte Internetnutzung im Hinblick auf die UNO-Beitritts-Abstimmung: 12% der Stimmbere-

rechtigten gaben an, das Internet nutzen zu wollen und 5% hatten vor, die Website des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten zu konsultieren (Longchamp 2001). Hätten tatsächlich so viele Stimmbürger und Stimmbürgerinnen diese Absicht verfolgt, wären sie auf der Homepage unumgänglich auf das Diskussionsforum gestossen. Es fragt sich deshalb, warum das Online-Forum für die Deutschschweiz lediglich 114 Beiträge generieren konnte. Erklären lässt sich dies wohl nur damit, dass in Wirklichkeit weit weniger das Angebot des EDA nutzten und sich dabei meist mit der Informationssuche oder dem Anschauen der Homepage begnügten, ohne aktiv an der Diskussion teilzunehmen. Die marginale Bedeutung von Foren dürfte deshalb sowohl darauf zurückzuführen sein, dass die Angebote nicht bekannt sind, als auch Resultat eines mangelnden Interesses sein, in einer virtuellen Diskussionsrunde zu debattieren.

Der Stellenwert von Online-Foren staatlicher Stellen wird überdies geschmälert, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das bereit gestellte Angebot zum UNO-Beitritt im Verhältnis eher überdurchschnittlich gut genutzt worden sein dürfte – handelte es sich doch bei der Abstimmung um eine Vorlage, die in der Öffentlichkeit überaus viel Resonanz erzielte. Bei einer beachtlichen Stimmbeteiligung von 58% – die höchste seit dem Entscheid über den EWR-Beitritt im Jahr 1992 – fiel der Entscheid mit 54.6% Ja-Stimmen und einem Ständemehr von 12:11 Kantonen nur knapp zugunsten des Schweizer UNO-Beitritts aus. Der hart geführte Abstimmungskampf und der lange Zeit ungewisse Ausgang sicherte dem Plebiszit eine grosse Aufmerksamkeit. Die Brisanz dieser Abstimmung lässt vermuten, dass die Bereitschaft zur Informationssuche und Diskussion höher als üblich war und dass die Nutzung der Online-Foren des EDA und des Parlaments bei weniger bedeutenden Vorlagen noch schlechter ausfallen würde.

2.4 Diskussionskulturen in den Online-Foren

Nicht nur in der Zahl der Nutzer unterschieden sich die Online-Foren des politischen Systems vom Angebot der BaZ, sondern auch in anderen Punkten. Es gibt Indizien, dass staatliche Online-Angebote nicht nur von wenigen Leuten, sondern auch von einer weniger breiten Gruppe genutzt werden. Ähnliches gilt für den Internetauftritt des Parlaments. Zum einen liess sich unter den Diskutierenden in den Foren, die dem politischen System zugeordnet werden können, eine grössere Bereitschaft zur Offenlegung der Identität feststellen (z.B. volle Namens- und E-Mail-Angabe in den Beiträgen). Besonders ausgeprägt war diese Tendenz im EDA-Forum, in dem 92.3% der Beiträge mit einem Namen versehen waren (vgl. Tabelle 2). Transparenz herrschte diesbezüglich auch im Parlament-Forum (83.3%), nur in wenigen Fällen aber im Forum der BaZ (38.3%). Ähnliches liess sich bei der Angabe der E-Mail-Adressen erkennen. Weshalb in den Foren des politischen Systems mehr

	EDA (N=54)	Parlament (N=60)	BaZ (N=116)
Offenlegung der Identität			
volle Namensangabe	92.3%	83.3%	38.3%
Angabe der E-Mail-Adresse	100.0%	81.7%	53.4%
Interesse an der Diskussion			
Verfasser mit mehr als 1 Beitrag	20.5%	6.7%	39.2%
Bezug auf andere Beiträge	10.0%	22.2%	80.9%
Argumentation			
Beiträge mit Argumenten	63.0%	75.0%	38.8%
weiter begründete Argumente	44.0%	47.4%	27.5%
Hinweise auf Quellen	38.9%	26.7%	12.9%
logische Sprache	51.9%	50.0%	44.4%
Bereitschaft zu Kompromissen	22.3%	15.0%	6.9%

Tabelle 2: Merkmale der Beiträge

Transparenz über die Teilnehmer herrschte, ist schwierig festzustellen. Denkbar ist, dass die Diskutierenden in diesen Foren mehr Sensibilität für demokratische Werte wie «Transparenz» und darüber hinaus vielleicht auch eine grössere Affinität zu Politik aufwiesen als die Nutzer des BaZ-Forums.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass in den Foren des EDA und des Parlaments das Interesse an einer Diskussion geringer war. Im Forum des EDA verfassten nur 20.5% der Teilnehmer mehr als einen Beitrag, im Forum des Parlaments gar nur 6.7%. Ein Wechselspiel zwischen verschiedenen Teilnehmern gab es häufiger im Forum der BaZ, in dem fast 40% der Diskutierenden mehr als einen Beitrag hinterlegten. Damit wird klar, dass vor allem in den Foren des politischen Systems vermehrt Meinungen abgegeben wurden, als dass diskutiert wurde. Diskursive und deliberative Elemente kamen hier weniger stark zum Ausdruck. Auch gingen nur wenige Diskutierende in den Foren des EDA (10.0%) und des Parlaments (22.2%) auf Beiträge anderer Autoren ein. Hingegen wurden im Forum der BaZ die Voten anderer regelmässig aufgegriffen (80.9%). Auch hier kann man danach fragen, weshalb der wechselseitige Austausch beim staatlichen und parlamentarischen Anbieter weniger ausgeprägt war als beim Forum der BaZ. Man könnte erneut ins Feld führen, dass diese Foren stärker von politisch Interessierten genutzt wurden, die bereits eine gefestigte Meinung zum Thema hatten. Dies liesse weniger Spielraum für Deliberation zu, da bei bereits gebildeten Meinungen weniger Anlass für einen Austausch oder eine Beratschlagung besteht.

Dafür war das Bemühen, in der Argumentation möglichst überzeugend zu wirken, in den Foren des politischen Systems grösser. In den Foren des EDA und des Parlaments waren mehr Beiträge zu finden, in denen Argumente für oder gegen einen UNO-Beitritt ausgesprochen wurden (63.0% resp. 75.0%). Tiefer war dieser Wert im Forum der BaZ (38.8%). Auch waren dort die Argumente seltener weiter begründet oder differenzierter ausformuliert. Darüber hinaus verwiesen die Beiträge in den Foren auf dem Angebot des politischen Systems häufiger auf Quellen, welche

die eigene Argumentation untermauerten. Auch war die Sprache insgesamt weniger affektiv geprägt und die Bereitschaft, sich auf Kompromisse einzulassen, war – insbesondere im EDA-Forum – häufiger vorhanden. Diese Befunde können wiederum als Indiz dafür gewertet werden, dass die Nutzer von Online-Angeboten des politischen Systems anders zusammengesetzt sein könnten als die Diskutierenden im Forum der BaZ.

Die Frage, ob tatsächlich anhand der unterschiedlichen Diskussionskulturen Rückschlüsse auf die Zusammensetzung der Teilnehmer gezogen werden können, also ob vor allem gut Gebildete und politisch Interessierte die Online-Angebote des politischen Systems nutzen, bleibt aber genauer abzuklären. Im Hinblick auf die Staatskommunikation ist diese Frage in jedem Fall relevant: Das Wissen darüber, wen die Online-Kommunikation des Staats überhaupt erreicht, ist nicht zuletzt aus demokratietheoretischen Überlegungen zentral.

3 Fazit

Diskussionsforen im Internet haben ähnliche Funktionen wie Leserbriefe. In ihnen können Ideen und Meinungen artikuliert werden, die nicht den Mehrheitsmeinungen in Politik und Medien entsprechen. Online-Foren stellen in diesem Sinn ein Korrektiv dar. In der virtuellen Debatte kann auch Unmut zum Ausdruck gebracht werden. Die Bereitschaft zur Deliberation und das Interesse an der Diskussion sind aber gering. Die Stärken von Online-Foren liegen somit eher im Input-Bereich als in der Verarbeitung von Themen. Der offene Zugang – die vermeintliche Stärke von Online-Foren – wird jedoch nicht überall gleich gut genutzt. Quantitativen Erfolg haben dürften im Netz vor allem solche Foren, welche von Anbietern aufgebaut werden, die bereits ein festes Standbein in der Medienöffentlichkeit haben. Bei den Angeboten des EDA und des Parlaments wurde nämlich deutlich, dass nur wenige Nutzer von der Artikulationsmöglichkeit Gebrauch machten. Dass dafür die Argumentationsqualität in diesen Foren höher war, kann nicht nur als positives Zeichen gewertet werden. Es kann genau so als Hinweis dafür verstanden werden, dass Online-Angebote des politischen Systems lediglich besser gebildete Bevölkerungsschichten oder politisch Interessierte erreichen.

Was bedeutet das konkret für die Staatskommunikation? Geht man davon aus, dass der Staat mit seinen kommunikativen Aktivitäten bei Abstimmungen sämtliche Bevölkerungsgruppen erreichen will, ist es problematisch, wenn Angebote wie Online-Foren nur bei einem Nischen-Publikum erfolgreich sind. Kann diese schlechte Auslastung nicht durch andere Kanäle kompensiert werden, verfehlt die Staatskommunikation das Ziel. Damit bleibt fraglich, was Online-Foren im Hinblick auf die Staatskommunikation jenseits einer – bescheiden genutzten – Ventil- und

Artikulationsfunktion zu erbringen vermögen. Die geringe Reichweite lässt für praktisch alle Ziele der Staatskommunikation wie z.B. die breit abgestützte Einstimmung auf Themen wenig Raum. Deshalb muss der Stellenwert von Diskussionsforen und anderen Online-Angeboten innerhalb der Gesamtpalette staatskommunikativer Aktivitäten eher als marginal eingestuft werden.

Michel Wenzler studierte von 1998–2003 Publizistikwissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Zürich.

michel@wenzler.net

Literatur

- Czerwick, Edwin (1998): Verwaltungskommunikation. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, S. 489–495.
- Donges, Patrick (2000): Technische Möglichkeiten und soziale Schranken elektronischer Öffentlichkeit. Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit und ihr Bezug zu Öffentlichkeitsmodellen. In: Jarren, Otfried / Imhof, Kurt / Blum, Roger (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit? Opladen, S. 255–265.
- Gebauer, Klaus-Eckart (1998): Regierungskommunikation. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, S. 464–472.
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Band I: Verständnis, Rahmen und Strukturen. Opladen.
- Longchamp, Claude (1999): Internet als Medium der politischen Kommunikation und Mobilisierung bei Volksabstimmungen. Forschungsbericht zu zwei Repräsentativ-Befragungen im Rahmen politischer Kampagnen vor Volksabstimmungen. In: SWS-Rundschau 39, Nr. 1, S. 5–25.
- Longchamp, Claude (2001): Leichte Verunsicherung für die Ja-Seite. Kurzfassung des Berichts zur Studie «Der UNO-Beitritt der Schweiz aus der Sicht der Stimmberechtigten, Oktober 2001». In: <http://www.polittrends.ch/abstimmungen/naechste-abstimmungen/meinungsbildung/uno> (3. 12. 2001)
- Plake, Klaus / Jansen, Daniel / Schuhmacher, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet: Politische Potentiale der Medienentwicklung. Wiesbaden.
- Wenzler, Michel (2003): Monolog oder Diskurs? Diskussionen in politischen Online-Foren. Lizentiatsarbeit. Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.
- Wilhelm, Anthony G. (1999): Virtual sounding boards. How deliberative is online political discussion? In: Hague, Barry N. / Loader, Brian D. (Hg.): Digital Democracy. Discourse and Decision Making in the Information Age. London / New York, S. 154–178.

Anmerkungen

- ¹ Die Resultate beruhen auf einer am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich eingereichten Lizentiatsarbeit über die Diskussionskultur in politischen Online-Foren (Wenzler 2003). Dargestellt werden hier jene Befunde, die im Hinblick auf das Phänomen «Staatskommunikation» relevant sind.
- ² Diese Angaben beruhen auf einer schriftlichen Befragung der Foren-Betreiber.